

Der drohenden Wirtschafts- und Gesellschaftskrise jetzt begegnen!

Folgen der Finanzkrise auf die Wirtschaft, die Kommunen und Gesellschaft sind absehbar. CDU und SPD aber auch Grüne und FDP sehen hier gegenwärtig keinen akuten Handlungsbedarf. Vielmehr wollen diese Parteien zunächst die Wirkung des so genannten Finanzmarktstabilisierungspaketes abwarten. Diese Abwartungshaltung ist mehr als verantwortungslos. Gegenwärtig geht es nicht ausschließlich um die Rettung der Banken, sondern vielmehr um die Bürger und deren Lebensperspektive.

DIE LINKR darf nicht in der Feststellung verharren, dass der Finanzkapitalismus gescheitert ist und wir das schon immer prognostiziert haben. Vielmehr ist die LINKE gefordert, Vorschläge zur Umgestaltung und Weiterentwicklung der Gesellschaft zur Diskussion zu stellen. Dabei muss sofort gehandelt werden, weil die Folgen der Finanzkrise bereits die Wirtschaft, die Kommunen und die Gesellschaft erreicht haben. Bereits jetzt über wirksame Gegenmaßnahmen zu Diskussionen, ist eine Chance für die LINKE, ihre Gestaltungskompetenz zu beweisen.

Eine Vielzahl kleiner- und mittelständiger Unternehmen (KMU) steht vor der Herausforderung, langfristige Investitionskredite nach Auslaufen der Zinsbindungsfrist umzuschulden. Hier fordern die Banken größere Sicherheiten als bisher. Dies können die betroffenen Unternehmen oftmals nicht leisten, obwohl die betriebswirtschaftliche Situation als stabil zu bewerten ist. Deshalb muss die LINKE fordert, dass der Bund und/oder das Land hier die von den Banken geforderten höheren Sicherheiten der Investitionskredite für die Unternehmen absichern. Wenn der Staat für den Bankensektor Bürgschaft-

ten von 400 Mrd. EUR übernimmt, ist es keine überzogene Forderung, für den Bereich der KMU ein vergleichsweise niedrigeres Bürgschaftsengagement des Staates zu erwarten.

Hierzu muss das Land dafür sorgen, dass aus dem Bürgschaftsrahmen des Bundes für den Finanzsektor ein Fonds für notleidende Thüringer Unternehmen und Bürger gebildet wird.

Die Unternehmen müssen zudem für kurzfristige Umlaufkredite höhere Zinsen aufbringen. Dies bringt einige Unternehmen auf Grund der Kostenstruktur und der Gewinnsituation in Existenzprobleme. Wenn selbst Unternehmerverbände (z.B. Dr. Michael Militzer, Thüringer Verband der Automobilzulieferindustrie – automotive thüringen e.V.) hier ein Zinshilfeprogramm für Unternehmen fordert, sollte die LINKE nicht hinter dieser Forderung zurückbleiben. Für die LINKE ist klar, ein solches Zinshilfeprogramm muss kommen. Hier steht die Landesregierung in der Verantwortung.

Sollte sich herausstellen, dass in der Folge der Finanzkrise Eigenheimbesitzer in die Lage kommen, ihre Kreditverbindlichkeiten nicht mehr bedienen können, muss ein Hilfsprogramm die „kalte“ Enteignung verhindern. Hier wäre es denkbar, die Immobilienkredite auf eine öffentliche Bank zu übertragen, die anschließend mit den Eigenheimbesitzern einen Tilgungsplan erstellen, der die Leistungsfähigkeit der Schuldner berücksichtigt.

Die Folgen der Finanzkrise sind auch schon bei den Thüringer Kommunen angekommen.

Im Rahmen des Schuldenmanagement haben Thüringer Kommunen Derivatgeschäfte (Swap und Doppel-Swap)

abgeschlossen. Diese Spekulationsgeschäfte auf ein künftiges Zinsniveau verursachen jetzt Verluste, weil die Zinsen für Kurzfristige Kredite stark gestiegen sind. Hier muss umgehend geprüft werden, unter welchen Voraussetzungen diese Geschäfte aufgelöst werden können, um so den Schaden zu minimieren.

Geprüft werden sollten auch alle Geldanlagemodelle der Kommunen. Hoch riskante Anlagemodelle sollten ebenfalls kurzfristig beendet werden, selbst wenn hier Renditeerwartungen sinken. Ebenso wie Unternehmen haben auch Kommunen höhere Zinszahlungen für Kassenkredite aufzubringen. Hier wäre ein Zinshilfeprogramm für betroffene Kommune diskussionswürdig.

Die Regierungsparteien lehnen derzeit noch ein Konjunkturprogramm ab. Ein Konjunkturprogramm ist aber unbestritten eine wirksame Maßnahme gegen die drohende Wirtschafts- und Gesellschaftskrise. In dieser Hinsicht nur auf den Bund zu verweisen, reicht nicht aus. Auch das Land und die Kommunen müssen handeln. Das Land müsste dabei geplante Investitionen vorziehen. Gleiches gilt für die Kommunen. Jedoch sind die Thüringer Kommunen finanziell nicht in der Lage, mehr zu investieren. Deshalb muss die LINKE die Wiedereinführung der kommunalen Investitionspauschale fordern. Sie würde dem Land 90 Millionen EUR kosten (rund 1 Prozent des Landeshaushaltes). Damit wären die Kommunen in der Lage, rund 300 Millionen EUR kurzfristig zu investieren. Dies wären rund 50 Prozent des bisherigen jährlichen Investitionsvolumens der Thüringer Kommunen.

Zudem wäre es notwendig, den Kom-

munen eine kurzfristige Kreditaufnahme für so genannte rentierliche Investitionen zu ermöglichen. Rentierliche Investitionen sind Investitionen, in deren Folge Bewirtschaftungskosten gesenkt werden und sich so die Investition im Wesentlichen aus Einsparungen bei den Betriebskosten refinanzieren. Da die Kommunalkredite durch das Land zu genehmigen sind, müsste hier die Kommunalverfassung geändert werden.

Diskutiert werden sollte auch ein kommunales Anleihemodell, was es bekannter Maßen bereits auf Bundes- und Landesebene gibt. Dadurch könnten Kommunen sehr schnell zusätzliche Finanzmittel für Investitionen bekommen und die Bürger eine

sichere Geldanlage erhalten. Die Abhängigkeit der Kommunen und Bürger vom Finanzsektor würde sich reduzieren. Ein gleiches Modell wäre auch für kommunale Unternehmen, Stadtwerke und Wohnungsgesellschaften denkbar. Eine Vielzahl von Wohnungsgenossenschaften haben bereits solche Anleihenprojekte (z. B. Inhaberschuldverschreibungen), so in Erfurt, Arnstadt und Nordhausen. Diese Unternehmen können zusätzliche Investitionen ohne Kreditaufnahme bei Banken realisieren. Die Aufträge gehen dabei im Regelfall an ortsansässige Unternehmen. Dadurch werden regionale Wirtschaftskreisläufe gestärkt.

Sehr notwendig wäre es, den Kommunen so genannte alternative Finan-

zierungsmodelle zu untersagen. Diese Modelle, wie die „Öffentlich-Rechtlichen Partnerschaften – ÖPP“, sind mit unkalkulierbaren Risiken für die Kommunen verbunden. Gewinner solcher Modelle ist der private Finanzsektor.

Die LINKE sollte sehr schnell derartige Vorschläge der Öffentlichkeit zur Diskussion stellen. Die Bürger warten auf solche Vorschläge.

Frank Kuschel